

Beschluss LPT-2006-01

SPD-Landesparteitag 24./25.11.2006 in Stendal

Arbeitslosigkeit bekämpfen – Bildungschancen verbessern!

Arbeitslosigkeit bekämpfen – Wachstum mobilisieren

Die zentrale Aufgabe unserer politischen Arbeit ist die Reduzierung der Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt. Zwar hat sich die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt insbesondere im verarbeitenden Gewerbe in der letzten Zeit positiv entwickelt, dennoch bleibt die Arbeitslosigkeit bedrückend hoch. Wir werden uns nicht damit abfinden, dass Einzelne oder ganze Gruppen von einem entscheidenden Teil des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen sind.

Grundlage für eine erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist eine Wachstumsstrategie, die zu selbsttragenden Wirtschaftsstrukturen in unserem Land führt. Dazu gehören insbesondere die Schaffung von Rahmenbedingungen, die das Wachstum der mittelständischen Unternehmen unterstützen, und eine Neuausrichtung der Förderpolitik des Landes, die einen Schwerpunkt auf die Schaffung von Arbeitsplätzen legt.

Von Arbeit muss man leben können – Gerechter Lohn für gute Arbeit

Die SPD Sachsen-Anhalt steht zu dem Grundsatz: Gerechter Lohn für gute Arbeit. Wer Vollzeit arbeitet, muss einen Lohn bekommen, von dem er seinen Lebensunterhalt eigenständig bestreiten kann. Das ist nicht nur ein zentraler Aspekt von sozialer Gerechtigkeit, sondern auch ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft.

Lohndumping beeinträchtigt nachhaltig die Lebensqualität der Beschäftigten, gefährdet durch ruinösen Wettbewerb die Existenz von Unternehmen und stellt die Finanzierung der öffentlichen Haushalte und unserer sozialen Sicherungssysteme in Frage. Daher ist die Durchsetzung eines Mindestlohnes, der die Sicherung einer menschenwürdigen Existenzgrundlage garantiert, unabdingbar. Dabei orientieren wir uns am Mindestlohniveau unserer wichtigsten westeuropäischen Nachbarländer.

Tarifliche Lösungen haben Vorrang vor gesetzlichen Regelungen. Wir sprechen uns für die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Wirtschaftsbereiche aus, um branchenbezogene Mindestlöhne zu ermöglichen. In Branchen, in denen keine hinreichenden tariflichen Einigungen zustande kommen, soll ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden.

Die flächendeckende Einführung von Kombilöhnen zur unbefristeten Subventionierung und Ausweitung eines Niedriglohnssektors lehnen wir ab, da sie mit nicht finanzierbaren Kosten verbunden wären. Darüber hinaus sind erhebliche Mitnahmeeffekte und negative Folgewirkungen für die Tarifpolitik sowie die Lohn- und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten zu erwarten.

Beschluss LPT-2006-07
SPD-Landesparteitag 24./25.11.2006 in Stendal

Schutz vor gefährlichen Hunden

Der SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt unterstützt die Gesetzesinitiative der Landesregierung Sachsen-Anhalt zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren.

Beschluss LPT-2006-08
SPD-Landesparteitag 24./25.11.2006 in Stendal

Gesetzliche Verankerung von Kinderfeuerwehren

Die SPD Sachsen-Anhalt möge sich für folgende Änderung des Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetzes LSA einsetzen:

§ 9 Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren

Es wird eingefügt:

(5) Der Freiwilligen Feuerwehr können Jugendfeuerwehr-, **Kinderfeuerwehr-**, Alters-, Ehren- und andere Abteilungen angegliedert werden. Die Altersgrenze des Absatzes 1 findet keine Anwendung. Mitglied der Jugendfeuerwehr kann werden, wer das 10. Lebensjahr vollendet hat. **Mitglied der Kinderfeuerwehr kann werden, wer das 5., aber noch nicht das 10. Lebensjahr vollendet hat.**

(6) Den Mitgliedern der **Kinder- und** Jugendfeuerwehren soll Gelegenheit gegeben werden, an dem für sie durch den Jugendfeuerwehrwart angesetzten Übungs- und Ausbildungsdienst teilzunehmen.